

Affäre UBS Die CVP und das Büro des Ständerats sprechen sich gegen eine PUK aus

UBS-PUK ist jetzt vom Tisch

Nach der FDP will auch die CVP nichts von einer parlamentarischen Untersuchungskommission in der Affäre UBS wissen. Beide setzen auf die freiwillige Kooperation der UBS mit den Behörden.

Stefan Schmid, Bern

Das schärfste Mittel des Parlaments, Missstände im Bundeshaus aufzuklären, wird mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht eingesetzt: Nach der FDP, die sich aus Rücksicht auf ihren heftig kritisierten Finanzminister Hans-Rudolf Merz schon immer gegen eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ausgesprochen hat, will nun auch die CVP – wie von dieser Zeitung in der gestrigen Ausgabe angekündigt – davon nichts mehr wissen. «Zwei Drittel unserer Fraktion lehnt die Einsetzung einer PUK ab», sagt Fraktionschef Urs Schwaller. Damit dürfte im Ständerat, in welchem CVP und FDP die Mehrheit stellen, das Verdikt klar sein.

SP, Grüne und SVP fordern weiterhin eine PUK und werden sich damit nächste Woche im Nationalrat durchsetzen. Nur: Lehnt der Ständerat später eine PUK ab, ist das Anliegen vom Tisch. Wie deutlich die Mehrheitsverhältnisse in der kleinen Kammer wohl ausfallen werden, zeigt der gestrige Vorentscheid des Ständerats-Büros. Dieses sprach sich mit 5 zu 1 Stimmen gegen eine PUK aus.

Schwaller: GPK-Bericht genügt

Die CVP sehe nicht ein, welchen Mehrwert eine PUK leisten könnte, sagt Schwaller. «Die Geschäftsprüfungskommission hat hervorragende Arbeit

geleistet.» Statt ein weiteres Jahr für die Wiederholung der Abklärungen und die Bestätigung der nun bereits bekannten Mängel einzusetzen, wolle die Fraktion nun handeln. Sie unterstütze die 19 GPK-Empfehlungen und wolle diese ohne weiteres zu warten umsetzen. Dazu will die CVP-Fraktion Vorstösse einreichen. Zentral ist für die CVP dabei Empfehlung 19. Diese sieht eine unabhängige Expertenkommission vor, die sich den Vorgängen innerhalb der fehlbaren UBS annimmt. «Wir fordern die UBS auf, umfassend mit den Bundesbehörden zu kooperieren», sagt Schwaller.

Auf gleicher Linie politisiert die FDP. Sie verlangt, dass die UBS die bankinterne Verantwortung für die US-Hypothekenkrise und die Verfehlungen von US-Kundenberatern aufarbeitet und trans-

parent macht. Ein geeignetes Instrument dafür wäre ein von der UBS eingesetztes, unabhängiges Expertengremium. «Der Bund hat die UBS zweimal retten müssen, und beim Staatsvertrag muss die Politik erneut in die Bresche springen», schreibt die FDP in einem Communiqué. Zwingend sei es nun, dass die UBS für die Aufarbeitung der Vergangenheit Eigenverantwortung zeige.

Debatte nächste Woche

Im linken Lager löst diese Argumentation Kopfschütteln aus. Der Tenor lautet: Ohne den politischen Druck, den eine PUK entwickle, werde die UBS möglichst rasch zum Alltag zurückkehren. Appelle an die Eigenverantwortung verhalten, wie die Erfahrung bei den Boni zeige, ungehört.

Klar ist: Der GPK-Bericht wird in dieser Session im Parlament noch zu reden geben. Die CVP will sich für eine ausführliche Debatte einsetzen. «Es kann doch nicht sein, dass wir 350 Seiten unkommentiert in die Schublade legen», sagt CVP-Ständerat Urs Schwaller. Die Diskussionen im Nationalrat dürften voraussichtlich nächsten Dienstag und Mittwoch stattfinden. Anzunehmen ist auch, dass sich der Bundesrat an seiner Sitzung vom Freitag mit dem Bericht auseinandersetzen wird. Immerhin stellt die GPK der Regierung als Ganzes ein schlechtes Zeugnis aus. Die Parlamentarier werden sich kaum mit der Erklärung von Bundespräsidentin Doris Leuthard zufrieden geben, man habe erkannt, dass die Regierung nicht immer optimal funktioniere.



«Wir fordern die UBS auf, umfassend mit den Bundesbehörden zu kooperieren»: CVP-Fraktionschef Urs Schwaller. (key)

Abzocker-Initiative Schwenkt CVP wieder um?

Im Anti-Abzocker-Spiel pokern nun auch die Ständeräte

Der Ständerat will im Gegensatz zum Nationalrat einen indirekten Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative. Dies würde das Geschäft verzögern.

Marcello Odermatt, Bern

Eigentlich müsste das Parlament das Ganze in der aktuellen Session erledigen. Mehrere Sitzungen sind angesetzt, mit dem Ziel, die Abzocker-Initiative in diesem, spätestens im nächsten Frühjahr vors Volk zu bringen. Doch der Ständerat bockt. Er hat gestern beschlossen, die Behandlungsfrist um ein Jahr bis August 2011 zu verlängern. Grund: Der Ständerat will der Initiative (Verfassungstext) einen indirekten Gegenvorschlag (Gesetzestext) gegenüberstellen. Das heisst: Lehnt das Volk eine Initiative ab, tritt das Gesetz in Kraft. Der Ständerat spekuliert, dass das Begehren vom Initianten Thomas Minder ohnehin zurückgezogen wird. Der Ständerat will verhindern, dass Aktionärsrechte, die mehr Interventionen bei Managerlöhnen erlauben, in die Verfassung geschrieben werden. Er will es im Aktionärsgesetz regeln. Doch der Nationalrat plant das Gegenteil. Er sprach sich aus Taktik im März nicht nur für die Initiative, sondern dank der CVP auch für den direkten Gegenvorschlag aus. Ein solcher wird mit der Initiative zur Auswahl dem Volk vorgelegt.

Ob der Nationalrat umschwenkt, zeigt sich heute, wenn seine Rechtskommission (RK) entscheidet. Wenn ja, kann der Ständerat den indirekten Vorschlag für die Herbstsession erarbeiten. Da die SP auf dem direkten, die FDP und die SVP auf dem indirekten Vor-

schlag beharren, kommt es im Nationalrat auf die CVP an. Dort wird laviert. In der kleinen Kammer waren es CVP-Ständeräte, die für das Aktienrecht weibelten, was in der Parteileitung für Unruhe sorgte. Ein CVP-Ausschuss traf sich gestern Abend zur Aussprache. Zuvor sagte CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (ZH): «Zurzeit halten wir am direkten Gegenvorschlag fest. Sollten taugliche Kompromisse vorliegen, sind wir offen.»

Entweder verliert SP oder SVP

Sollte die CVP umschwenken, verlor die SP ihr im März gewonnenes Strategiespiel. Sie will unbedingt eine Volksabstimmung. Dafür gewänne die SVP. Denn sie war es, die im Frühjahr mit Initiant Minder einen Kompromiss für den indirekten Gegenvorschlag gemacht hatte. Laut Ständerat Hansheiri Inderkum (CVP, UR) orientiere sich die RK aber an neuen Vorschlägen. Minder gehen diese zu wenig weit. Er bekräftigte gestern, er ziehe die Initiative nur zurück, wenn im Aktienrecht das verankert werde, was er mit SVP-Strategie Christoph Blocher eingebracht habe. Inderkum beteuerte: «Der Gegenvorschlag wird sehr nahe an der Initiative sein.» Für die SP ist klar, dass der Ständerat eine von der SVP eingefädelte Verzögerungstaktik verfolgt: «Die Bürgerlichen hoffen, dass sich in einem Jahr die Stimmungslage gegenüber Managerlöhnen beruhigt hat», sagt Präsident Christian Levrat. Zufriedener kommentierte Blocher das Vorgehen («ein Lichtblick»). Im Gegensatz zu Minder lässt er aber Spielraum für Kompromisse offen. Sollte allerdings die RK heute auf ihrer ursprünglichen Haltung beharren, bleibt es definitiv beim direkten Gegenvorschlag. Das Ganze kann dann noch in dieser Session zu Ende beraten werden.

CO₂-Gesetz Revision der Vorlage im Nationalrat

CO₂-Abgabe auf Treibstoffen erneut hinausgeschoben

Der Nationalrat hat auf die Einführung einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffen verzichtet. Er nahm damit dem CO₂-Gesetz einen wichtigen Hebel.

Der Nationalrat hat sich bei der Revision des CO₂-Gesetzes die Latte hoch gesetzt: Er beschloss gleich am Anfang der Debatte, den CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2020 um 20 Prozent zu verringern – und zwar ausschliesslich im Inland. Doch mit den beschlossenen Massnahmen ist die Latte unerreichbar. Grösster Stolperstein ist die mögliche Einführung einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffen. Mit 108 zu 82 Stimmen hat der Nationalrat dem Bundesrat untersagt, eine solche Abgabe bei Bedarf einzuführen. Dies sehr zum Bedauern von Bundesrat Moritz Leuenberger, der dem Nationalrat eindringlich erklärt hatte, dass die Schweiz beim Verkehr nicht auf Kurs sei. Statt 8 Prozent beim CO₂-Ausstoss einzusparen, habe dieser um 14 Prozent zugenommen. «Es wäre unglaubwürdig, wenn der Artikel gestrichen wird», sagte er, «es wäre ein Widerspruch, der nicht mehr aufzulösen ist.» Und es war nicht der einzige Widerspruch. Zwar winkte der Nationalrat Gebäudesanierungsmassnahmen durch und rang sich eine Zustimmung zur Weiterführung der CO₂-Abgabe auf Heizöl auf der heutigen Basis von 36 Franken pro Tonne ab mit der Möglichkeit, diese auf 120 Franken zu erhöhen. Ab 60 Franken nur mit Genehmigung des Parlaments.

Viele Zahnslücken

Aber die Limitierung des CO₂-Ausstosses von Neuwagen auf 130 Gramm CO₂ pro Kilometer per Ende 2015 schei-

terte. Damit wird der Initiative «Für ein gesundes Klima» ein CO₂-Gesetz als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt, das viele Zahnslücken aufweist. Die Initiative fordert eine Reduktion des CO₂-Ausstosses um mindestens 30 Prozent im Vergleich zu 1990, um die globale Klimaerwärmung auf 2 Grad zu beschränken.

Der Nationalrat anerkannte mehrheitlich den klimapolitischen Handlungsbedarf. Einzig die SVP plädierte für Nichtentretten zu Beginn der Debatte. Die FDP wollte das Gesetz an die Kommission zurückweisen. Beide argumentierten mit wirtschaftlichen Bedenken und hohen Kosten. Mit der Hilfe der CVP nahm es jedoch die erste Hürde. «Vor allem nichts machen, ist die Devise der Rechten», sagte Christophe Darbellay (CVP, VS). Er warnte davor, den Willen der Schweizerinnen und Schweizer zu unterschätzen. «Wenn wir nichts tun, ist das das Schlimmste.» Und auch die Wirtschaft werde leiden.

Schweiz nicht «Musterknabe»

«Nichtstun heisst nicht, dass unser Land entlastet wird. Nichtstun heisst, die Kosten des eintretenden Klimawandels unserer Bevölkerung zu übertragen», warnte Eric Nussbaumer (SP, BL). Und was die Wirtschaft angehe, so könne diese von der Wertschöpfung im Inland profitieren. Die Schweiz sei einzig für ein Promille der Klimagase verantwortlich, hatte Hans Killer (SVP, ZH) demgegenüber erklärt. «Selbst null Emissionen würde die Entwicklung nicht stoppen.» Dies liess Bundesrat Leuenberger nicht gelten. Die EU habe dasselbe Reduktionsziel definiert, die Schweiz spiele nicht «Musterknabe». In der Gesamtabstimmung wurde das revidierte CO₂-Gesetz mit 108 gegen 78 Stimmen angenommen. (sda)

Kommentar

Mutlose Klimapolitik

Stefan Schneider

Gestern hat der Nationalrat in der Debatte um das CO₂-Gesetz einen mutigen Schritt getan und beschlossen, dass die Treibhausgasemissionen bis 2020 im Vergleich zum Jahr 1990 um 20 Prozent gesenkt werden sollen – und dies nur im Inland. Also nicht, wie das der Bundesrat in pragmatischer Manier vorgeschlagen hatte, mit Reduktionsmassnahmen auch im Ausland. Die grosse Kammer hatte sich mit diesem Reduktionsziel sogar über Bedenken aus der Wirtschaft hinweggesetzt, die um ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland fürchtete. Gestern nun verliess den Nationalrat der Mut wieder und er lehnte die Einführung einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffe ab. Bei den Brennstoffen gibt es diese Abgabe schon. Sie hat dazu geführt, dass die Schweiz in diesem Bereich auf Kurs ist, um ihren CO₂-Ausstoss zu reduzieren, so wie sie sich dazu international im Kyoto-Protokoll verpflichtet hat. Bei den Treibstoffen sieht es düster aus: Statt der angestrebten Reduktion um 8 Prozent, wie im CO₂-Gesetz festgehalten, ist im Vergleich zu 1990 bislang eine Zunahme um 14 Prozent zu verzeichnen.

Mit anderen Worten: Die Schweiz weigert sich, ihre Klimaziele auch im Verkehr umzusetzen. Schon am Montag hatte der Nationalrat gegenüber der Autobranche unangebrachte Rücksichtnahme gezeigt, indem er beschloss, die CO₂-Emissionen für neu importierte Autos statt auf durchschnittlich 130 Gramm pro Kilometer – wie in der EU – nur auf 150 Gramm zu senken. Begründung: In der Schweiz mit ihren Bergen seien stärkere Motoren nötig.

So lässt sich keine überzeugte und überzeugende Klimapolitik betreiben. Im Gegenteil: Die Schweiz verliert im Vergleich mit dem nahen Ausland zunehmend den Anschluss. Dabei täte unser Land gut daran, einen wesentlichen Beitrag gegen den Klimawandel zu leisten: Denn dieser wird sich bei uns – bedingt durch die Topografie – stärker als in andern Ländern auswirken.

In Kürze

Uerner Ständerat vereidigt

Bern. Im Ständerat ist gestern der neue Uerner Vertreter Markus Stadler vereidigt worden. Der 62-jährige Ökonom wurde als Parteiloser gewählt, gab aber letztes Wochenende den Beitritt zu den Grünliberalen bekannt. Markus Stadler gehörte während zehn Jahren der Uerner Regierung an. Seinen Rücktritt kündigte er im Dezember 2009 an, kurz nachdem Hansruedi Stadler (CVP) seinen Rückzug aus der kleinen Kammer publik gemacht hatte.

AHV 2009 mit Überschuss

Bern. Die AHV-Jahresrechnung hat 2009 mit einem Überschuss von 3,9 Milliarden Franken abgeschlossen – im Vorjahr war es ein Minus von 2,3 Milliarden. Insgesamt kamen über 2,1 Millionen Menschen in den Genuss von Renten. Die Altersversicherung gab 2009 insgesamt 35,8 Milliarden Franken aus. Dem standen Einnahmen von 39,7 Milliarden Franken gegenüber.

IV schreibt 2009 Defizit

Bern. Die Invalidenversicherung (IV) hat im letzten Jahr erneut einen Fehlbeitrag von 1,1 Milliarden Franken hinnehmen müssen. Dabei sank die Zahl der Leistungsbezüger um 30 000 auf 460 000. 2009 hat die IV 9,3 Milliarden Franken ausgegeben und 8,2 Milliarden eingenommen. 2009 bezogen 420 000 Personen in der Schweiz und 40 000 im Ausland Leistungen der IV. (sda)